

25/1/2026

Beschluss

Annahme, Überweisung LTF und BTF

Für feministische Gesundheitspolitik

Geschlechterungleichheit im Gesundheitswesen abbauen – eine Positionierung für eine Gesundheitspolitik für alle

Die SPD Brandenburg steht für eine Gesundheitspolitik, die alle Menschen in den Blick nimmt. Noch immer orientieren sich viele medizinische Standards vor allem am männlichen Körper. Das führt dazu, dass Beschwerden von Frauen, inter*, nicht-binären, trans* und agender Personen sowie von queeren Menschen zu spät erkannt oder nicht ernst genug genommen werden.

Wir wollen, dass Gesundheitsversorgung in Brandenburg gerecht, respektvoll und auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft ist. Niemand darf aufgrund des Geschlechts oder der geschlechtlichen Identität benachteiligt werden.

Deshalb setzt sich die SPD Brandenburg für eine Gesundheitspolitik für alle ein. Sie soll bestehende Ungleichheiten abbauen und sicherstellen, dass alle Menschen die medizinische Versorgung erhalten, die sie brauchen – in der Stadt wie auf dem Land.

Diese Ungleichheiten gilt es systematisch abzubauen:

Auf Landesebene werden die zuständigen SPD-geführten Häuser sowie die Fraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das:

- 1. Curricula-Reform in Ausbildung und Studium** Die zuständigen Ministerien im Land Brandenburg eine verbindliche Reform der Curricula in medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Studiengängen sowie Ausbildungsberufen vorantreiben. Dabei sind aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in Diagnostik, Symptomatik und Therapie systematisch zu integrieren. Dies umfasst insbesondere Unterschiede zwischen Cis-Männern und Nicht-Cis-Männern.
- 2. Schutz und Gleichbehandlung queerer Menschen im Gesundheitswesen** Konkrete Maßnahmen zum Schutz queerer Menschen im Gesundheitswesen entwickelt und umgesetzt werden. Dazu gehören diskriminierungssensible Leitlinien, verpflichtende Fortbildungen für medizinisches Personal sowie die Schaffung notwendiger struktureller Vorkehrungen (z. B. geschlechtersensible Anamnese, inklusive Formulare, geschützte Räume).
- 3. Mobile Beratungsangebote im ländlichen Raum** Mobile, niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen, inter*, nicht-binären, trans* und agender Personen im ländlichen Raum ausgebaut und dauerhaft finanziert werden, um Versorgungslücken insbesondere außerhalb urbaner Zentren zu schließen.
- 4. Geschlechtersensible Erste-Hilfe-Kurse gefördert werden** Initiativen zur Entwicklung und Durchführung geschlechtersensibler Erste-Hilfe-Kurse unterstützt und finanziell gefördert werden, um stereotype Annahmen über Symptome (z. B. bei Herzinfarkten) abzubauen und die Versorgungssicherheit zu erhöhen.

Auf Bundesebene werden die Fraktionsmitglieder der SPD Brandenburg aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass:

1. **Forschungsförderung in geschlechtsspezifischer Medizin ausgebaut wird** Die Forschungsförderung im Bereich der geschlechtsspezifischen Medizin deutlich erhöht wird, insbesondere bei bislang untererforschten Erkrankungen wie Endometriose.
2. **Arzneimittelforschung diverser gestaltet wird** Klinische Studien zur Erforschung und Zulassung von Medikamenten verpflichtend geschlechtergerecht ausgestaltet werden. Medikamente dürfen nicht weiterhin überwiegend an Cis-Männern getestet werden; vielmehr müssen Frauen, inter*, nicht-binären, trans* und agender Personen systematisch einbezogen werden, um Nebenwirkungen, Dosierungen und Wechselwirkungen realitätsgerecht zu erfassen.
3. **Selbstbestimmungsrechte gestärkt werden** Das Selbstbestimmungsrecht weiterentwickelt und rechtlich abgesichert wird, insbesondere im Hinblick auf geschlechtliche Identität, körperliche Selbstbestimmung und diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsleistungen.

Überweisen an

Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion